



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 19

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 19

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

16. Juli 1919

Inhalt: Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Aus den Deutschen Volksräten

Am Wendepunkt

Eine denkwürdige Versammlung der deutschen Vereinigung zu Bromberg.

Eine von der deutschen Vereinigung für Dienstag, den 24. Juni, einberufene Versammlung fand wegen des starken Besuches im Hofe der Knaben-Mittelschule statt und gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des Bromberger Deutschtums. Die ernststen Sorgen der Stunde hatten tausende deutscher Männer und Frauen herbeigeführt, um aus dem Munde des Führers und Obmannes der Deutschen Volksratsbewegung in Posen, Westpreußen und Ostpreußen, Geheimrat Kleinow zu vernehmen, was unter der veränderten Sachlage zu tun ist, um Heimat und Volkstum vor der drohenden Gefahr zu retten. Geheimrat Kleinow führte ungefähr folgendes aus:

„Ich weiß nicht, ob ich noch oft, ob ich überhaupt noch einmal Gelegenheit haben werde, hier vor Deutschen zu sprechen. Das Schicksal hat es gewollt, daß die deutsche Regierung, oder wir wollen lieber sagen, jene Männer, die sich diesen Namen anmaßen (stürmische Zustimmung), einen Frieden abgeschlossen haben, der uns in Knechtschaft führt. In uns allen bäumt sich das Beste, was wir in uns tragen, dagegen auf. Alle heiligen Gefühle der Liebe zur Heimat und zu unserem Volkstum, zu unseren glorreichen Eltern, und unsere Gefühle für unsere Kinder und Kindeskinde suchen uns zu überwältigen, und doch wird heute von uns mehr wie

jemals im politischen Leben ein kühles Herz, ein klarer Verstand gefordert. Wir sind am Rande der Verzweiflung. Das ist die Stimmung, die mir aus der ganzen Provinz Posen, aus Westpreußen und von überall her aus den Kreisen entgegenschallt, die sich in der Deutschen Vereinigung, in den Deutschen Volksräten gesammelt haben, um das Deutschtum in Osten, wenn es geht, vor der Katastrophe zu retten, aber auch gesammelt, um, wenn die Katastrophe eintritt, ein Fels zu sein, an dem die polnische Flut sich bricht; wenigstens kulturell wollen wir unser Deutschtum auch unter den veränderten ungünstigen Verhältnissen erhalten. (Zustimmung.) Wir haben zu entscheiden, wir allein, ob wir noch einmal zu den Waffen greifen müssen. (Rufe: ja, ja!) Wir wollen über die Fragen sprechen, die als ruhige, kühle Männer und Frauen, über das Schicksal jedes einzelnen und des deutschen Volkes hier entscheiden, wir wollen mit kühlem Herzen das anhören, was ich Ihnen zu sagen habe. Lassen Sie mich aussprechen: es sind ernste und schwere Gedanken, die alle Überlegenheit und moralische Kraft erfordern.

Geheimrat Kleinow zeichnete dann in kurzen Strichen die Entwicklung seit der November-Revolution: das Werk der Zerstümmung des Heeres durch die Männer, die sich zu Regierungsmännern aufwarfen, das erste Preisgeben und den Verrat Posens, die Bemühungen zum Aufbau einer neuen Armee, kostete Aufforderung zur Verteidigung, des Mannes, der jetzt mit unterschrieben hat.

Mitteilungen

19

Da schien es, als ob die Regierung hier die Stimmung des deutschen Volkes unterstützte. Der Redner wies hin auf die oft von ihm betonte Notwendigkeit einer Armee, wenn wir hier Ordnung und Selbstbestimmung haben wollen — eines pflichtbewußten Offizierkorps, pflichtbewußter Mannschaften und Unteroffiziere. Mit großer Sorgfalt hätten sich diese alle an das schwere Werk gemacht. „Wir haben heute eine große Armee hier im Osten, die bereit ist, auch heute noch unser Vaterland und unsere Heimat zu verteidigen (Bravo!), und die Regierung dankt in diesem schwersten Augenblick ab. Hinter der Kulisse kamen die Männer hervor, die bisher gehindert haben, zu tun, was wir konnten. Und nun fühlen wir uns verraten und verkauft. Zuerst durch gewisse Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratie, heute durch die Minister aus der Sozialdemokratie, die uns alle in allen Volksschichten preisgeben einem Feinde, von dem wir nur wissen können, daß er heute in einem gewaltigen Siegesrausch die Früchte seines Sieges auch ernten will. In dieser Stunde tritt die Frage an uns heran, ob wir heute noch irgend einen Zusammenhang mit dieser Regierung haben. (Stürmische Rufe: Nein, nein!) Auch ich sage: Wir haben mit den Männern in Berlin, die uns in diese Stunde geführt haben, keine Gemeinschaft! (Nochmals Zurufe: Nein, nein!) Die Deutsche Vereinigung, gebildet und darauf hin arbeitend, daß die Selbstbestimmung in der Provinz gewahrt bleibe, umfaßt heute über 2 Millionen Männer in Ost- und Westpreußen und im Neke-district, und ihre Organe sind die Deutschen Volksräte. Und nun sollen wir entscheiden. Als ich vor acht Tagen hier in Bromberg den Gedanken erörterte, daß wir unter Umständen gefaßt sein müßten, unsere eigenen Wege zu gehen, und für unser Deutschtum zu retten, was zu retten ist, da wurde in Weimar beschlossen, mich als Landesverräter zu verhaften (Pfuirufe), beschlossen von denselben Leuten, die unser Vaterland so schmachlich verraten haben. Ich bin nicht verhaftet worden, es haben sich Männer gefunden, die dagegen protestierten. (Bravo!) Es handelt sich darum, über unser Geschick, unser eigenes und das unserer Kinder zu entscheiden. In

Danzig tagen heute und morgen Männer, um die Bildung einer Gemeinschaft im Osten durchzuführen und Freunde von uns haben Fühlung genommen mit den polnischen Landsleuten, um einen friedlichen Weg für die Zukunft zu finden. Ob es gelingen wird oder nicht, wir müssen heute alle Wege, die noch da sind, versuchen und betreten, um das Deutschtum, um unsere Heimat vor Verwüstung, Untergang, Vernichtung und völliger Auslieferung an die polnische Nationalität zu retten. Das ist die Lage. Und nun, in dieser Lage, haben wir hier eine gewaltige Kraft angesammelt: die Armee, die mit allem Enthusiasmus, mit aller Liebe und Glut zu den Waffen greifen möchte, um doch noch den Frieden zu korrigieren, der uns zugebracht ist. Wenn die ungeheure Kraft, die in dieser Armee heute liegt, nicht genutzt wird, muß sie sich einen Ausweg suchen, der sich in die nächste Umgebung richtet, und wahllos, ziellos und planlos um sich greift. (Volkswitzismus! Sehr richtig!) Die Regierung in Berlin hat keine Autorität in dieser Armee. So haben wir auf der einen Seite ein zusammenbrechendes Regierungssystem, auf der anderen eine kraftvolle Armee und auf der dritten den Feind, der uns heute noch die Hand bieten kann, um das Vaterland, die engere Heimat vor dem Außersten zu bewahren. Nur ein Staatswesen, das geeignet ist, die nationalen Kräfte und vor allen Dingen die Kräfte der Armee hinzusetzen an den Ort, wo es richtig ist, kann uns heute halten (sehr richtig!), und dieses Staatswesen kann bei dem Zustande, in dem sich heute die Berliner Regierung befindet, leider das Deutsche Reich nicht sein. Wir können in dieser Lage im Osten nur zusammen mit den Polen ein Staatswesen bilden, das die Kräfte beider Nationalitäten für das Wohl der Gesamtheit und jedes einzelnen von uns verwerten kann. Das ist der Weisheit letzter Schluß nach der Arbeit, die wir geleistet haben.“

Geheimrat Kleinow ging dann des näheren darauf ein, wie sich ein friedliches Verhältnis zu und mit den Polen herstellen ließe: Achtung unseres Selbstbestimmungsrechtes, kulturelle Freiheit, Gleichberechtigung in der Regierung, gemeinschaftliche Entscheidung über die Geschichte der Provinz.

Die Entscheidung darüber muß bald fallen. Für diese Zeit fordert er Besonnenheit und Ruhe und absolute Gehorschaft hinter der Parole, die von den Führern gegeben wird, um das Furchtbarste, das uns winkt, abzuwenden. Dieselbe Aufforderung richtet er auch an das Militär: Disziplin halten in dieser Stunde, sich nicht von Gefühlen hinreißend lassen, auf die Parole warten. Und diese Parole wird die sein, die besonnene Männer, die bewiesen haben, daß sie keine Feiglinge sind, für richtig halten. Gewehr bei Fuß ist jetzt das Gebot. Der Redner warnte vor falschen Berichten über polnische Angriffe. Wenn der Pole angreift und den Krieg haben will, dann werden wir uns zur Wehr zu setzen wissen. (Bravo!). Aber in diesen Tagen hat er nicht angegriffen. Tut er es, dann bekommen wir den Befehl zum Gegenangriff. In den weiteren Ausführungen beschäftigte sich Geheimrat Kleinow dann mit der Gegnerschaft der Gewerkschaftsführer und stellte der Parteiorganisation die nationale Organisation gegenüber, die auch den Respekt und die Achtung der polnischen Landsleute herausfordern werde. Damit könne der Weg zum gemeinsamen Wiederaufbau gefunden werden, die Überbrückung der Gegensätze, der Weg zu friedlicher Arbeit, zu einem geordneten Rechtsstaat. „Wir sind Deutsche, preisgegeben von der deutschen Regierung und dem Parlament, so gezwungen, an uns selbst zu denken, an unsere Zukunft, und alle Mittel anzuwenden, um uns zu erhalten und nicht in dem Dreck zu erlaufen, in den uns die Regierung und ihre Männer hineingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) 4 Millionen Deutsche sollen in den polnischen Staat übergeführt werden, aber 4 Millionen Deutsche lassen sich nicht ohne weiteres von der Erde vertilgen, es sei denn, daß sie sich selber verscharren.“ Mit der nochmaligen Aufforderung, die Parole der nächsten Tage abzuwarten und zu arbeiten und nicht zu verzweifeln, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall.

Aus den Ausführungen der nachfolgenden Redner Dr. Zahn, Oberlt. Heibeld, Abg. Krefft (Kalomowo), Dr. Hille und anderen und den wiederholten stürmischen Beifallskundgebungen der Versammelten ging unzwei-

deutig hervor, daß Geheimrat Kleinow durch seine besonnene Haltung in den letzten Monaten und auch in dieser Stunde ernstester Gefahren die Masse der Ostmark-Deutschen hinter sich hat. Es war ein feierlicher Augenblick als einer der Redner den Führern der Volksratsbewegung das Vertrauen der deutschen Ostmark aussprach und im Namen der Versammelten gelobte, ihnen zu folgen, komme, was da wolle. Ihren Ausklang fand die Versammlung durch die Annahme folgender Entschliebung:

Eine nach Tausenden zählende Versammlung deutscher Männer und Frauen aller Schichten der Bevölkerung hat folgende Entschliebung angenommen: Nachdem Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag der Entente angenommen haben, haben wir keine Möglichkeit mehr, für unser Verbleiben beim deutschen Reiche einzutreten. Um so mehr sind wir bereit, für unsere nationalen Rechte zu kämpfen. Wir verlangen, daß unsere militärische Macht im vollsten Umfange ausgenutzt wird, um diese Rechte zu sichern. Wir fordern daher, daß der militärische Führer sich findet, der die Truppen einheitlich zusammenfaßt. Wir wollen keinen Angriff gegen die Polen, verlangen aber die nachdrücklichste Verteidigung gegen jeden polnischen Angriff. Wir verlangen, daß die Waffen erst aus der Hand gelegt werden, wenn uns nicht nur die Polen, sondern auch die Entente unsere Gleichberechtigung durch Vertrag zugesichert haben.“

Vor dem Auseinandergehen sang die ganze Versammlung das alte Schutz- und Trutzlied „Ein feste Burg ist unser Gott“.

An die Deutschen in den zu Polen fallenden Gebieten.

(8. Juli 1919.)

Nach Inkrafttreten des Friedens kommen die deutschen Volksräte erst zu den Aufgaben, die bei ihrer Gründung als Hauptaufgaben bezeichnet wurden: Schutz der deutschen Minderheiten unter Polen. Der polnische Staat gewährleistet durch sein Koalitionsrecht die freie Arbeit der Volksräte. Die polnische Regierung beabsichtigt nicht, Deutsche wegen ihres bisherigen nationalen Wirkens zu verfolgen. Sie achtet den nationalen Geist um

so mehr, als sie selbst aus nationalem Geist geboren wurde. Unter der Voraussetzung, daß wir vom Reiche ausgestoßenen Deutschen uns loyal auf den Boden des polnischen Staates stellen, wird unsere kulturelle und wirtschaftliche Eigenart von der polnischen Regierung geachtet werden. Natürlich müssen in erster Linie wir selbst dafür arbeiten. Dazu ist Zusammenschluß und überparteiliche Organisation nötig. Deutsche und polnische Volksräte sind bereits in Beziehungen zu einander getreten, um den Übergang aus der deutschen in die polnische Staatshoheit im Interesse der gemeinsamen Heimat durchzuführen. Ständige gemischte Kommissionen arbeiten an diesem Ziel für die tägliche Praxis. Daraus folgt, daß überall, wo die Volksratsorganisation noch nicht völlig durchgeführt ist, alle deutschgesinnten Männer und Frauen sich an die Arbeit machen und sich als „Deutsche Vereinigung“ zusammenschließen. Zentralisierend der „Deutschen Vereinigung“ wie auch der Volksratsbewegung für die abzutretenden Kreise Posen und Westpreußens ist Bromberg, Belgienplatz 1. Deutsche Mitbürger, laßt den Kopf nicht hängen. Morgen erfolgt eine Kundgebung der polnischen Regierung gemeinsam mit den deutschen Volksräten, die Euch in vieler Hinsicht Beruhigung bringen wird.

Deutsche Vereinigung:

J. A.: Kleinow.

Aus den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Nachdem die polnischen und deutschen Volksräte in Thorn und Bromberg zusammengetreten waren, um für Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung zu sorgen, sind Vertreter beider Nationalitäten aus den Kreisen Bromberg und Thorn nach Posen und Warschau gefahren, um mit dem Obersten Polnischen Volksrats in Verbindung zu treten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in folgendem Aufrufe des Kommissariats des Obersten Polnischen Volksrates als Mandata der polnischen Regierung niedergelegt worden.

An unsere Mitbürger deutscher Nationalität.

Das lange von der Menschheit ersehnte Wort „Frieden“ erschallt endlich in der Welt. Sonnabend, den 28. Juni, wurden in Ver-

faßes die Friedensbedingungen von den kriegsführenden Mächten unterzeichnet. Durch diesen Friedensschluß fallen ehemalige polnische Landesteile wieder an die entstandene Republik Polen zu. Die Entscheidungen der Versailler Friedenskommission sind endgültig und unabänderlich. Es gibt keine Macht in der Welt, welche die Erfüllung der Friedensbedingungen zu hindern imstande wäre. Wir richten daher an unsere deutschen Mitbürger in den der Republik Polen zufallenden Teilen Westpreußens, Posen und Schlesiens die Aufforderung, sich den Verhältnissen zu fügen und die Friedensbedingungen so loyal zu erfüllen, wie sie von der polnischen Regierung und Bevölkerung erfüllt werden. Das Interesse des Landes und das Interesse jedes einzelnen Bürgers erfordert jetzt kategorisch, daß bei dem Übergange in die neuen Verhältnisse jede Gewalttat, jedes Blutvergießen und jede Vernichtung von Hab und Gut vermieden wird. Wer sich mit Gewalt dem neuen Stand der Dinge widersetzt, wird über sich und seine Mitbürger nur namenloses Elend heraufbeschwören und die härtesten Strafen zu gewärtigen haben. Die friedlich gesinnten Mitbürger deutscher Nationalität, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und loyale Bürger der Republik Polen werden wollen, haben für ihre Zukunft nichts zu befürchten. Im Einklang mit ihren freien Willen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit der Pflege der Muttersprache und nationale Eigenart sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren. Für die Stellung im Staatsleben und für das Ausmaß der bürgerlichen Rechte ist in der Republik Polen weder das Glaubensbekenntnis noch die Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Tüchtigkeit.

Deshalb fordern wir alle Zivilbehörden und ihre Beamten, die sich loyal den neuen staatlichen Verhältnissen fügen wollen, hiermit auf, auf ihrem Posten zu beharren, denn sie können versichert sein, daß sie nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen werden.

Allen Deutschen, welche gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Staatsangehörigkeit wählen, geben wir hierdurch die Versicherung, daß sie vollständig freien Abzug nach Deutschland erhalten, unter Mitnahme von Haß und Gut und voller Möglichkeit der Liquidation ihrer Vermögensverhältnisse. Wir bemerken jedoch, daß jegliche Veräußerung, Entfremdung, Beschädigung und Zerstörung von staatlichem Gut den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderläuft und nicht nur unter Strafe fällt, sondern auch Wiedergutmachung zur Folge hat.

Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben, und, soweit sie infolge der Kriegsoperationen ihr Heim haben verlassen müssen, können sie nach Abschluß der Kampfhandlungen in ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus den Arbeiterversicherungen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, Rechte über Pachtverträge usw. werden hierdurch gewährleistet.

Wir versprechen hierdurch feierlichst, auf die Regierung der Republik Polen dahin einzuwirken, daß kein Bürger wegen seiner bisherigen politischen Betätigung verfolgt oder bestraft wird mit Ausnahme von Personen, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Wir erwarten, daß die deutsche Regierung in derselben Weise die in ihrem Machtbereich verbleibenden Polen behandeln wird.

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, daß in Polen sämtliche festgesetzte Geiseln und Zivilpersonen in Freiheit gesetzt, die wegen Vergehen gegen den Staat Abgeurteilten sofort begnadigt werden und selbst das Verfahren gegen die solcher Vergehen und Verbrechen Verdächtigten sofort niedergeschlagen wird und daß diese Personen sofort ihre Freiheit wieder erhalten.

Die aus militärischen Gründen festgesetzten Personen sollen ihre Freiheit sofort nach Abschluß der Kampfhandlungen erlangen, und wir erwarten, daß die deutsche Regierung

auch in dieser Hinsicht im Gebiete ihres ganzen Machtgebietes die Polen ebenso behandelt.

Die Deutschen Volksräte fordern wir hiermit auf, im Einvernehmen mit den polnischen Volksräten für die Zeit unmittelbar nach Abzug der deutschen Truppen zwecks Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gemeinsame und den örtlichen Verhältnissen entsprechende Bürgerwehren zu gründen.

Mitbürger! Nach den furchtbaren Leiden des Krieges ruft uns die Veröhnung Gottes zu neuer friedlicher Arbeit zu unserm gemeinsamen Wohl und zum Wohl des Staates, welcher uns in der Zukunft Schutz und Hort sein soll. Laßt uns vergessen alten Haß und Haß.

Alle Bürger eines Staates, der aufgebaut ist auf den Grundlagen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit, laßt uns gemeinsam mit allen Kräften eine glückliche Zukunft erstreben, um so an dem Aufbau einer neuen Weltordnung mitzuarbeiten.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates als Mandatur der Regierung der Republik Polen.

Posen, den 30. Juni 1919.

Laszewski, A. Adamski, Korfanty, Seyda,
Pohwiniski, Rynicz.

Wir ersuchen die gesamte Bevölkerung der abgetretenen Landesteile die Friedensbedingungen loyal zu erfüllen, insbesondere bitten wir alle Zivilbehörden und Beamten in ihren Stellungen zu verbleiben, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Ebenso bitten wir die Truppen, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu beachten und die Räumung des abgetretenen Gebietes reibungslos zu vollziehen. Je ruhiger die Abwicklung vor sich geht, um so leichter wird es auch fallen, die noch schwebenden Verhandlungen über die Rechte und das Verbleiben der nach 1908 angesiedelten Bauern, Beamten und sonstiger Bevölkerungsteile in einem die gesamte Bevölkerung befriedigenden Sinne zu Ende zu führen. Nur durch einmütiges Vorgehen und friedliches Zusammenleben der Nationalitäten in allen Schichten kann das Gedeihen unserer

gemeinsamen Heimat gewährleistet und unheilbares Unheil vermieden werden.

Unterschriften:

Deutscher Volksrat Bromberg Stadt
 Deutscher Kreisvolksrat Bromberg Land
 Deutsche Vereinigung für den Nehedistrikt.
 Rada ludowa
 na miasto Bydgoszcz i przedmiescie
 Rada ludowa
 na powiat Bydgoski-wies.

Rede gehalten von Geheimrat Kleinow in einer gemeinsamen Sitzung der deutschen Volksräte und der Ostparlamentarier am 25. Juni im Beamtenhause in Danzig.

Ich habe mich gefreut, daß der Vorsitzende bei der hochgehenden Erregung, die uns alle erfaßt hat, so ruhige Worte in seinen Ausführungen fand. Diese ruhigen Worte sind ein Zeichen für die Verstandeskühle, mit der unsere Parlamentarier und unsere Regierung den Bedrängnissen des deutschen Volkstums im Osten gegenübersteht. Diese Verstandeskühle ist ein sehr nützlicher und wichtiger Faktor für eine ruhige Politik; aber uns, die wir in der Kampffront stehen, die wir jeden Tag Hunderte von Zuschriften, von Beschwörungen, Bitten und Klagerufen aus den bedrängten Dörfern, den in höchster Gefahr liegenden Orten erhalten, uns dürfen Sie es nicht verargen, wenn wir auch unsere Gefühle zum Ausdruck bringen. Ich hätte nur das eine gewünscht, daß Regierung und Parlament für die Gefühle des hartbedrängten Ostmarkenvolkes Verständnis gefunden hätten.

Wir alle, die wir nicht Sozialdemokraten sind, haben uns ohne weiteres hinter die sozialdemokratische Regierung gestellt, da sie kräftig genug schien, ihr wiederholt gegebenes Versprechen, die äußerste Gefahr vom Osten fernzuhalten, einzulösen.

Ich kann feierlich erklären, daß ich und meine Organisation irgendeinen reaktionären oder sonderbündlerischen Gedanken nie gehegt haben. Wo ich erkannte, daß in unserer Bewegung sich leise ein Wille bemerkbar machte, der auf das Stürzen der Regierung ausging, habe ich sofort einen dicken Strich zwischen uns und solchen Leuten gezogen.

Die Aufgabe der Deutschen Volksräte war und ist, das tiefgesunkene und erkrankte Volk wieder gesund zu machen und alle Voraussetzungen zu schaffen, um hier im Osten den Wiederaufbau des deutschen Volkstums zu ermöglichen. Ein gesundes Volkstum wird sich nachher diejenige Staatsorganisation geben, die es braucht. In diesem Sinne habe ich oft mit führenden Sozialdemokraten gesprochen.

Wir spielen ein offenes Spiel.

Allem Volk, auch den Sozialdemokraten, lagen die Ziele der deutschen Volksratsbewegung klar vor Augen. Und trotzdem hat man versucht, uns als Träger der Reaktion hinzustellen, ja, sozialdemokratische Führer gingen wider besseres Wissen so weit, zu sagen, daß die Volksräte sie um die Errungenschaften der Revolution bringen wollten, obwohl diese Führer Kenntnis davon hatten, daß wir in wirtschaftlicher Hinsicht fest auf sozialem Standpunkte stehen. Die sozialdemokratische Regierung freilich hat die Bedeutung der Deutschen Volksräte erkannt und sie gestützt.

Wir haben die Deutschen Volksräte geschaffen in einer Zeit der Auflösung und der bittersten Not, und jetzt können wir mit vollster Berechtigung sagen, daß die Deutschen Volksräte heute schon

die Grundlage des Deutschtums im Osten für alle Zukunft sind. In dem Augenblick, da für die ganzen Ostmarkdeutschen die schwerste Stunde kam, erschien plötzlich der Parlamentarische Ausschuß auf der Bildfläche. Kleine Geister, bewußt oder unbewußt von Parteiinteressen erfüllt, suchten eine neue Organisation neben die kräftige, aus dem Volke selbst hervorgegangene Volksratsbewegung zu stellen. Wir hätten ohne weiteres den Parlamentarischen Ausschuß lahmlegen können, wir haben aber unsere persönlichen Gefühle zurückgestellt und unsere Organisation im Interesse der Ostmark dem Ostparlament zur Verfügung gestellt. In der gleichen Zeit aber, wo wir so loyal vorgehen, hat man sich auf parlamentarischer Seite nicht gescheut, gegen uns in Berlin die Klage zu erheben, als ob wir reaktionäre Ideen verfolgten. Wenn eine Politik so kaleidoskopartig gemacht wird, wie wir es in

den letzten Wochen gesehen haben, dann dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir aus dem Volksempfinden heraus unsere eigenen Richtlinien für die Politik schaffen, die den Ostmarkdeutschen von Nutzen ist.

Die ganze Ostmark hatte gehofft, daß die Regierung ihr Versprechen hält, daß sie innere Kraft genug aufbringe, den schimpflichen Frieden von uns abzuwenden. Es ist anders gekommen. Es war die heiligste Pflicht des Parlamentarischen Ausschusses, dieses deutsche Volk im Osten zu erhalten, sich mit aller Kraft gegen die Preisgabe zu wenden. Wir Volksräte blieben aber ganz allein, auf uns selbst angewiesen, wir fanden keine Hilfe bei den Parlamentariern. Im Gegenteil, der Volksratsbewegung sollte das Rückgrat gebrochen werden. Wir wurden schließlich des Landesverrats geziehen, und eine unheilvolle Heze setzte gegen uns ein. Alles Dinge, die das deutsche Volk in der Ostmark zu zersplittern drohten. Und doch hätte der Ruf ergehen müssen von rechts bis links: Einigkeit gegen das Polentum!

Was uns jetzt so erschüttert, das ist: gerade in diesem Augenblick, wo sich das Schlimmste ereignet, was ein Volk treffen kann, wird dieser Keil in das Deutschtum getrieben. Diese Schuld, meine Herren, und die Verantwortung hierfür wäscht Ihnen niemand ab. Sie sind in erster Linie daran schuldig, daß ein solches Gewäsch gegen die Deutschen Volksräte in der Berliner Presse gebracht werden konnte! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn heute Herr Gehl uns droht und sagt, daß die deutsche Arbeiterschaft uns in den Rücken fallen werde, so sagen wir: das schreckt uns nicht, unser Leben ist nach dem, was wir erfahren mußten, nicht mehr kostbar. Wer heute leben will, darf es nur, um für sein Vaterland zu arbeiten. Machen Sie mit uns Volksratsführern, was Sie wollen! Die deutsche Volksratsbewegung bringen Sie, meine Herren, nicht zu Tode. Die deutsche Volksratsbewegung wird sich trotz alledem durchsetzen.

Es wird der Tag kommen, meine Herren, wo Sie die deutschen Arbeiter genau so steinigen werden, wie Sie die Männer der alten Politik gesteinigt haben.

Wir vermiffen hier im Osten die Liebe zum Volkstum, das Herz, das Gefühl für die Arbeit, die hier am deutschen Volkstum notwendig ist.

Der kühle Verstand von Weimar, der sich nicht zu einem nationalen Opfer erheben konnte, der nur rechnet, was wird verdient, was verloren, hat das Deutschtum in den Ostmarken in den Abgrund geführt. Das empfindet das Volk. Daher schreibt sich auch, daß sich in unserem Volke eine solche Wut gegen die deutsche Reichsregierung entwickelt hat. Ich bin der letzte, der unsere Landsleute auffordert, unter die schützenden Flügel der Polen zu gehen. Und doch, was wollen wir unseren deutschen Brüdern anderes sagen als dies, nachdem die Regierung uns verraten, Sie uns verlassen haben?? Hat die Regierung, haben Sie in den letzten Tagen etwas getan, um das Deutschtum für die Übergangszeit zu schützen? Können Sie uns sagen, welche Übergangsbestimmungen im Sinne des Artikels 98 des Friedensvertrages die Regierung vorbereitet hat, um sie der Entente vorzuschlagen, damit unsere Ostmarkenbevölkerung wenigstens mit einer gewissen Beruhigung in den polnischen Staat eintreten kann? Nein, Sie haben nichts getan. Ich habe neulich in Berlin angefragt, ob und wie wir irgendwelche Sicherungen gewinnen können für die Zukunft, besonders in der Übergangszeit. Darauf wurde mir von einer Regierungsstelle geantwortet: „Ihr könnt nur zu Marschall Dupont gehen!“ Meine Herren, mit einer solchen Antwort speist man die Deutschen der Ostmark ab! Ist das nicht fürchterlich, wenn man den verratenen Deutschen im Osten so wenig Liebe entgegenbringt? Das geht über das Menschliche hinaus.

Nun wollen wir uns selber helfen!

Wir wissen, daß der Kern des deutschen Volkstums gesund ist, wir haben zu jedem einzelnen unserer Volksgenossen Vertrauen, auch zum Arbeiter. Wir werden unser Volkstum durchsetzen! Heute steht unser einziges Ziel fest:

Die Vereinigung aller zum Deutschtum.

Entlassen Sie die verratenen, aus dem Reiche ausgestoßenen Deutschen der Ostmark

wenigstens mit einem Segen, den jeder Vater seinem Sohn gibt. Lassen Sie Ihr Gefühl mitsprechen und kommen Sie als kluger Arzt, um unser Volk auf den richtigen Weg zu führen! Lassen Sie uns hier nicht dahin kommen, daß nackte Interessenpolitik unser deutsches Volkstum im Osten ergreift. Wenn der Kaufmann sich nur zum Kauf-

mann, der Arbeiter sich nur zum Arbeiter gesellt, dann herrscht reinster Materialismus, der unser Deutschtum in den Abgrund führen wird, dann sind uns die Slawen über, weil sie ein Ideal, weil sie Gott im Herzen haben und sich emporwinden können an dem Ideal ihrer Religion. (Lebhaftes Bravo.)

Pressestimmen

1. Deutsche Presse

„Ostdeutsche Rundschau“ v. 29. Juni Nr. 149.
Der Deutschen Schicksal.

Mit dem heutigen Tage beginnt für das deutsche Volk ein neuer Wendepunkt seiner Geschichte: der 28. Juni, an dem um 3 Uhr nachmittags der Schmachfriede von Versailles unterzeichnet wird, ist ein Vortag in seiner Geschichte. Mit ihm steht das deutsche Volk, stehen insbesondere wir Ostmärker am Grabe höchster sittlicher Güter, am Grabe unserer schönsten und hehrsten Hoffnungen. Aber an ihn knüpft sich auch der Gang unserer ferneren Entwicklung an, und da gilt es für unser Volk, aus dem Schiffsbruch das wichtigste Gut zu bergen, den Glauben an die Zukunft.

Einer übermächtigen Völkervereinigung ist es gelungen, nach fünfjährigem schwersten, opferreichsten Kampf einer der führenden Kulturnationen, die nicht freiwillig ihr Recht auf Dasein darangeben wollte, mit Gewalt ihr Selbstbestimmungsrecht zu rauben. Entsetzliches haben wir auf uns nehmen müssen und mit wundem Herzen sehen wir unser ganzes nationales Leben vernichtet. Doch das deutsche Volk wird wieder gesunden! Der Tag wird kommen, an dem es bis in sein letztes Glied hinein die brennende Wunde fühlen wird, die ihm seine Feinde geschlagen haben. Dann wird auch bei unseren Segnern die Erkenntnis dämmern, daß man ein edles Volk wohl bis aufs Blut peinigen, aber nicht auf die Dauer ehrlos machen kann. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß es nichts Unabänderliches gibt, und daß jede Schuld sich auf Erden rächen wird. Ein Volk, das sich nicht selbst aufgibt, ist niemals verloren, am

allerwenigsten ein Volk, dem wie dem deutschen die höchsten Gaben des Geistes und der Kraft in die Wiege gelegt sind. So dunkel darum auch die Zukunft vor dem deutschen Volke liegen mag, so furchtbar der Niederbruch auf ihm lastet, es wird dennoch nicht verzweifeln in der Hoffnung, daß es auch für das deutsche Volk wieder einen Weg in die Höhe gibt, und daß es nur an ihm liegt, ihn zu beschreiten.

Uns Ostmärker trifft der mit der heutigen Unterzeichnung des Friedensvertrages geschaffene Zustand doppelt schwer, werden wir doch in Zukunft auf Schritt und Tritt daran erinnert werden, daß unsere eigenen Volksgenossen ihre nationale Opferpflicht der Ostmark gegenüber aufs schimpflichste vergessen haben. Vergessen war im übrigen Deutschland, was der Osten vor und während des Krieges für das Reich geleistet und gelitten hat, und ohne Bedenken hat man uns fallen lassen. Das ist es, was uns Ostmarkdeutsche mit ganz besonderer Bitterkeit erfüllt!

Ob dieses nationale Trauerspiel ein stummes bleiben oder mit Blut und Tränen, Tod und Vernichtung enden wird, steht heute noch nicht fest. Wir würden es aber unendlich bedauern, wenn alle Stimmen, die zur Vernunft mahnen, ungehört blieben und ein neuer Krieg entfesselt würde. Wir verstehen und würdigen vollkommen die Gefühle unserer tapferen Truppen, die in ihrer Entschlossenheit nur sehr schwer zu halten sind, aber aus vielen Anzeichen bei uns ebenso wie in Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien geht doch hervor, daß auf einen einheitlichen erfolgreichen Widerstand nicht mehr zu rechnen ist. Die Truppenführer, die dieser

Tage abdankten, mahnten zur Einsicht, die obersten Verwaltungsbeamten der zunächst beteiligten Provinzen forderten zur Kampfenklage auf, der ostpreussische Provinzialrat wiegelte ab und auch von anderen Seiten kamen allerlei Bedenken, daß die vorhandenen Machtmittel nicht ausreichen, um mehr zu erzielen als vielleicht kühne Anfangserfolge, die fürs Ganze belanglos wären, aber das Deutschum nur aufs schwerste gefährden müßten. Das ist auch der Standpunkt, den heute die meisten deutschen Volksräte vertreten. Immerhin ist die militärische Lage der Ostmark stark genug für erfolgversprechende Verhandlungen mit den Polen, und zwar auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung. Dafür die polnische Zusage und eine Bestätigung durch die Entente zu erlangen, muß für die nächsten Tage unsere ernsteste Sorge sein.

Daß auch auf polnischer Seite Neigung für eine Verständigung besteht, haben die gestern von uns veröffentlichten Ausführungen des „Dziennik Wydgoski“ erkennen lassen. Man kann vom deutschen Standpunkte aus nur wünschen, daß die in diesem Artikel vertretene Meinung in weitesten polnischen Kreisen zum Durchbruch kommt und von den vernünftigen Elementen des polnischen Volkes mit starker Ehrlichkeit auch gegen diejenigen vertreten wird, die aus innerstem chauvinistischen Trieb, in wildem Siegestaumel, alles deutsche Wesen mit Gewalt ausrotten möchten. Der Wille zur Verständigung ist bei den Deutschen in der Ostmark vorhanden, er kann aber nur dann zur segensreichen Auswirkung kommen, wenn man auf polnischer Seite sich zur Erkenntnis durchringt, daß das neue polnische Staatswesen auf die Deutschen angewiesen ist. Den Schaden, der dadurch entsteht, daß die als Staatsbürger zweiter Klasse behandelten Deutschen sich widerwillig in die neuen Verhältnisse einfügen und ihre wertvollsten Kräfte in der Absonderung für sich behalten, trägt der Staat.

Möge es daher der Einsicht aller an den schwebenden Verhandlungen beteiligten Kreise gelingen, die dringend notwendige Einigung herbeizuführen, um unsere Ostmark vor unüberschaubarem Unheil zu bewahren!

„Kreuzzeitung“ vom 30. Juni Nr. 297.
Die polnische Schreckensherrschaft in Posen.

Nach den in den letzten Tagen aus allen Teilen der Provinz Posen durch Flüchtlinge erneut überbrachten Nachrichten findet Internierung der Deutschen in dem gesamten polnischerseits besetzten Gebiete in größtem Umfange statt; es handelt sich nach diesen Berichten nicht mehr um Hunderte, sondern um Tausende aller Stände. In erster Linie sind es alle irgendwie hervorragenden Deutschen, so in kleinen Städten die Beamten, Richter, Anwälte, Geistliche, Arbeiterführer, Handwerksmeister usw., vielseitig z. B. in Samter, alle überhaupt Wehrfähigen. Aus dem teilweise deutschen Ansiedlungsdorfe Polajewo sind z. B. allein 60 Deutsche fortgebracht, in Schildberg bislang 25, jetzt weitere 75, an anderen Orten werden sogar Frauen interniert, so eine 70jährige Dame. Die wehrfähigen Deutschen sollen nach der Bolschewistenfront, und zwar nach Brest-Litowsk und Lemberg gebracht und dort zwangsweise gegen die Bolschewisten verwandt werden. Nach weiteren Nachrichten werden im Innern der Provinz alle diejenigen Deutschen interniert, die sich weigern, sich in die polnische Stammrolle eintragen zu lassen, weil sie keine Verpflichtung fühlen als Deutsche gegen die Ukrainer zu sechten.

Mehrfach wird ferner berichtet, daß den Deutschen Formulare zur Unterzeichnung vorgelegt werden, inhalts deren sie den Wunsch aussprechen, zu Polen zu kommen; im Weigerungsfalle erfolgt gleichfalls Internierung. So wird die Internierung der genannten alten Frau auf solche Weigerung zurückgeführt. Die Internierungen erfolgen in solchem Umfange, daß mehrfach die Ansicht zum Ausdruck kommt, es geschehe, um jede Volksabstimmung unmöglich zu machen. Ganz abgesehen von der deutschen, ist auch die posen-polnische Lokalpresse durch verschiedene Anordnungen derart geknebelt, daß die Zeitungen fast nur noch Geschäftsanzeigen und amtliche Bekanntmachungen enthalten. Auch der polnischen Bevölkerung ist die Posener Regierung aber nicht mehr überall sicher, wozu namentlich der Schlandrian in der Verwaltung und die ungeheure Bestechlichkeit beiträgt.

So hat sich der militärische Abteilungschef in der Nada Ludowa, General von Maszewski, in den letzten Tagen veranlaßt gesehen, öffentlich in der Presse vor der weitgehenden Bestechung der Militärpersonen zu warnen. Während früher von deutschen Bauern abgeliefertes Getreide und Kartoffeln noch bezahlt wurden, hat die Bezahlung gänzlich aufgehört. Deutsche, die auswandern wollen, haben zunächst eine halbe Jahressteuer zu entrichten, hinterher wird ihnen die Ausreise verweigert.

Jeder mögliche Grund wird zur Erpressung von hohen Geldsummen von deutschen Ortschaften oder den deutschen Bewohnern der Ortschaften benutzt. So sind in einem Dorfe in der Nähe von Czarnitau zwei polnische Gendarmen, wahrscheinlich von einer bewaffneten polnischen Deserteur- und Einbrechergesellschaft ermordet worden, hierfür wurde den Deutschen ohne nähere Untersuchung eine Geldstrafe von 60 000 M. auferlegt. Offentunde Mordtaten an Deutschen zur Verfolgung zu bringen, ist dagegen unmöglich.

2. Polnische Presse

„Dziennik Bydostki“ (Bromberg) Nr. 144 vom 26. Juni.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates in Posen und die Warschauer Regierung.

Mit Rücksicht auf die bisherigen Zustände haben wir den Aufruf des Kommissariats, in welchem das Verhältnis desselben zur Warschauer Regierung bekannt gegeben wird, bisher nicht abgedruckt. Jetzt nehmen wir an, daß es an der Zeit, unsere Leser mit den wichtigsten Punkten dieses Aufrufes bekannt zu machen. Wir lesen dort:

Das Kommissariat des obersten polnischen Volksrates hat von Anfang an in der Richtung gewirkt, daß die Aufnahme der von Preußen abgetrennten Ländereien vorbereitet werde. Zu diesem Zweck hat sich Mitte Februar d. J. das Präsidium und Kommissariat des D. P. B. nach Warschau begeben, um dem Mi-

nisterpräsidenten eine mündliche und schriftliche Erklärung zu überreichen, daß das Kommissariat die administrative Macht in der bisher gehandhabten Weise nur noch bis zum Augenblick der endgültigen Festsetzung der polnischen Grenzen ausüben könne. Mit dem Moment der Festsetzung dieser Grenzen möge aber die polnische Regierung die Administration dieser Polen zuerkannten Ländereien übernehmen. Der Präsident und das Kommissariat des D. P. B. hat dem Ministerpräsidenten einen Antrag überreicht, welcher fordert, dem Kommissariat mitzuteilen, in welcher Weise die Regierung beabsichtigt, die Uebernahme der Administration zu vollziehen, damit das Kommissariat seine Maßnahmen mit den Projekten der Regierung vereinbaren könne.

Einen Monat später, also im März des laufenden Jahres hat sich das Kommissariat des D. P. B. erneut an die polnische Regierung gewandt mit einem bereits positiven Vorschlag, baldigst ein Staatsorgan zu ernennen, welches sich mit der Vorbereitung der nahestehenden Übernahme der polnischen Ländereien des ehemaligen preussischen Teilgebietes beschäftigen möge. Nach dem Durchsprechen dieser Angelegenheit auf dieser Versammlung des Ministerrates unter Anteilnahme der Mitglieder des Kommissariats des D. P. B. hat der Ministerrat am 28. März beschlossen, das Kommissariat des D. P. B. zu einem staatlichen Organ zu ernennen, welches bevollmächtigt ist, im Namen der polnischen Regierung die Ländereien des ehemaligen preussischen Teilgebietes zu übernehmen, wobei er gleichzeitig das Kommissariat ersucht hat, auf dem von Preußen übernommenen Territorium folgende Tätigkeit auszuüben:

a) Die allgemeine Leitung und Kontrolle jeglicher Behörden und Ämter zu übernehmen;

b) vorübergehende Vorschriften und Verfügungen zu erlassen, um in juristi-

scher, administrativer und ökonomischer Weise die Abtrennung der Polen zuerkannnten Gebiete von Deutschland zu bewirken;

c) die nötigen Änderungen in den Personen auf dem einzelnen Ämtern durchzuführen, um ein regelrechtes Funktionieren der Ämter des Handels- und Geldverkehrs, der Verkehrsmittel usw. zu bewirken;

d) Verfügungen zu erlassen, welche notwendig sind, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, des Verkehrs und der regelrechten Handels- und Verdienstbewegung;

e) die deutsche Bevölkerung zu überwachen, um Polen vor den Schäden der Sabotage usw. zu bewahren;

f) Vermitteln bei der Übernahme einzelner Zweige der Administration seitens der Zentralregierung;

g) für die Regierung das nötige Liquidierungsmaterial zwecks einer Abrechnung mit den Deutschen vorzubereiten;

h) die Polonisierung der Ämter zu überwachen.

Das Kommissariat des D. P. B. bereitet auf Ersuchen der polnischen Regierung alles vor, was nötig und notwendig ist, um Ländereien in den Westgrenzen zu übernehmen, wobei es sich gleichzeitig mit der Warschauer Regierung berät, bezüglich der weiteren Übernahme der Administration des Landes.

„*Dziennik Bydgoski*“ (Bromberg) Nr. 150, vom 3. Juli.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Die deutschen Kreise, die noch unlängst die Politik der Unversöhnlichkeit gegenüber den Polen betrieben haben, sind zum Verständnis dessen gelangt, daß infolge Annahme und Unterzeichnung der Friedensbedingungen durch die deutsche Regierung sich eine neue Lage gebildet habe, welche eine Revision der bisherigen Politik verlangt. Bis zum letzten Augenblick rechneten die Deutschen mit der Möglichkeit und Notwendigkeit des Krieges.

Sie hofften, daß die Regierung sie nicht verlassen wird, daß im schlimmsten Falle aber eine Ostrepublik gebildet wird, welche nach gehöriger Ausrüstung mit Menschen, Waffen, Geld und Lebensmitteln durch das ganze Reich und mit Hilfe geheimer Unterstützungen desselben den Polen und der Entente Widerstand wird leisten können.

Diese Berechnungen haben getäuscht. Die Regierung kapitulierte auf der ganzen Linie vor der Entente, denn sie hat es begriffen, daß die Folgen des Widerstandes für das ganze deutsche Volk fürchterlich sein könnten. Verschiedene Würdenträger, welche sich schon vorbereitet hatten zur Übernahme der Gewalt in der Republik des Ostens, haben es sich wieder bedacht, hohe Militärs, welche die Armeen zum Kampf gegen die Polen führen sollten, sind in den Ruhestand versetzt worden, oder auch „haben sich befehrt“. Die auf diese Weise verlassenen Deutschen unserer Landesteile haben den einzigen Weg beschritten, welcher ihnen noch verblieben ist und welchen ihnen ihr Verstand diktierte. Sie drückten den Wunsch aus, mit der polnischen Allgemeinheit auf den bisher von den deutschen Truppen besetzten Gebieten zur Verständigung zu kommen, ebenso mit der polnischen Regierung. Zu diesem Zwecke haben sich die Deutschen Volksräte in Bromberg und Thorn an die polnischen Volksräte in beiden Städten gewandt, welche diesen Schritt im ersten Augenblick mit Vorsicht aufnahmen, mit einer Vorsicht, die geboten war gegenüber denjenigen, die noch unlängst die Sturmposaunen bliesen, jetzt aber diesen Ton vollständig geändert haben und erklärten, daß sie loyale Bürger des polnischen Staates werden wollen.

Die Vertreter der Deutschen haben im Namen der deutschen Allgemeinheit eine Reihe Wünsche vorgelegt und versichert, daß, sobald dieselben berücksichtigt werden, der Übergang unserer Gebiete unter die polnische Herrschaft in Ruhe und Frieden, sowie ohne Blutvergießen vor sich gehen wird. Die Sache ist sehr wichtig und tatsächlich wert, daß man sich um dieselbe bemüht. Die Vertreter der polnischen Volksräte konnten den Deutschen keine Garantien geben, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden, denn sie

besten keine Macht. Deshalb beschloßen beide Parteien eine Abordnung nach Posen zu schicken, damit diese den zuständigen Behörden die ganze Situation vorlege und erfahre, wie die polnische Regierung den Deutschen gegenüber aufzutreten gedenke. Eine solche Delegation reiste am Sonnabend, wie dies bereits in der Sonntagnummer mitgeteilt wurde, mit Genehmigung der deutschen Militärbehörden in Autos nach Groß-Neudorf, wo sie ein Offizier nach den vorgeschobenen deutschen Posten brachte. Von hier aus fuhr die Abordnung unter dem Schutz der weißen Fahne die Chaussee entlang bis zur polnischen Linie, wo sie von polnischen Soldaten in Empfang genommen und zum Stabe des Abschnitts gebracht wurde. Von dort sandte man die Abordnung, welche im Stabe einen äußerst höflichen Empfang erlebte, in Wagen nach Hohenfalza. Da es infolge verschiedener Formalitäten bereits ziemlich spät geworden war, trat die Abfahrt erst am Sonntag ein. Überall wurde die Abordnung natürlich von polnischen Soldaten, die ihr speziell beigelegt wurden, begleitet. In Posen wurden die Bromberger Abgeordneten von einem Vertreter des Kommissariats empfangen, der sich auch weiterhin um jegliche Erleichterungen bemühte. Gleich nachmittags fanden Konferenzen, zuerst mit den Vertretern aus Thorn (zwei Deutsche und drei Polen) statt, sodann informierten die polnischen Vertreter auf einer besonderen Sitzung die Posener Behörden über unsere Verhältnisse, über die Stimmung der polnischen wie auch der deutschen Bevölkerung. Nachher fand eine Konferenz im größeren Kreise statt, während welcher die polnischen Abgeordneten die umfangreichen Wünsche der Deutschen darlegten. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der Entente teil — nämlich Vertreter Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas. — Den Vorsitz führte der französische Oberst Marquet, welcher die ganze Sache so auffaßte, daß die deutsche Bevölkerung Forderungen stelle, von deren Erfüllung sie ihr Benehmen gegenüber Polen abhängig macht. Er erklärte, daß die Entente Polen nicht dazu die Souveränität erteilt habe (staatliche Unabhängigkeit), damit irgend jemand von den zukünftigen Untertanen dieselbe durch Stellung von Be-

dingungen ins Wanken bringen könne. Als man ihm erklärte, daß es sich nicht um Bedingungen, sondern um Wünsche handelt, gab er zu, daß die Sache in Ordnung ist. Dasselbe sagte er den Deutschen, welche an der nachfolgenden Konferenz teilnahmen, wobei man eine ganze Reihe Einzelheiten besprach. Der Oberst Marquet versicherte den Deutschen, daß Polen ihnen kein Unrecht zufügen werde, weil es auf gerechte und freiheitliche Grundlagen erbaut werde.

Da die Mitglieder des Kommissariats infolge sehr wichtiger Beratungen in Warschau weilten, so reisten die Herren Rechtsanwalt Szuman, Leewe und Haßbach aus Thorn bereits am Sonntag nach Warschau, um von den höchsten Instanzen eine Bestätigung derjenigen Versicherungen zu erhalten, welche die Posener Behörden geben. Inzwischen hatten die übrigen Abgeordneten am Sonntag um eine Audienz bei dem General Dowbor-Muśnicki, in dessen Hand zurzeit — aus Rücksicht des Ausnahmezustandes — die ganze Ausführungsmacht ruht. Die Audienz dauerte über zwei Stunden und machte auf die Abgeordneten den besten Eindruck. Der Herr General versteht die Schwierigkeit der Lage vollständig und ist bereit den Deutschen, sofern sie weiter mit der Waffe in der Hand nicht mehr kämpfen werden, jegliche Rücksicht zuteil werden zu lassen. Es geht nämlich um diejenigen Deutschen, welche aus Posen stammen und in den Grenzschutz eingetreten sind. Es soll ihnen eine Amnestie (Begnadigung) erteilt werden, wenn sie die Waffen sofort niederlegen. Weiter besprach man die Herausgabe der Gefangenen und Internierten. Herr General Dowbor-Muśnicki ist zu diesem Austausch bereit.

Da als Vergeltungsmaßnahme für die Internierungen in Lissa und in Oberschlesien aber auch in Posen und auch auf den von polnischen Truppen besetzten Gebieten zahlreiche Internierungen stattfanden, so wurden Bemühungen gemacht zwecks Vermeidung einer neuen beiderseitigen Vergeltungsmaßnahme, damit die Internierung aufhöre.

Das geschah am Montag zur großen Freude aller mit dieser Maßnahme Bedrohten. Eine besondere polnisch-deutsche Kommission soll sich aus Posen in dieser Sache sofort

nach Berlin begeben, damit man auch deutscherseits mit jeglichen Gewalttaten aufhöre.

Am Dienstag früh kehrte die Abordnung aus Warschau zurück und brachte schriftlich diejenigen Versicherungen, um welche es sich für die Deutschen am meisten handelte. Dieses Schriftstück werden wir morgen bekanntgeben, außerdem werden in besonderer Form Aufrufe in polnischer und deutscher Sprache erscheinen. Es betrifft — im Rahmen der Friedensbedingungen — Garantien für die Kolonisten, welche in den Grenzschutz eingetreten sind, das weitere Verbleiben der Beamten in ihren Stellungen, Rechtsschutz für die Deutschen, ihre Gleichberechtigung in bürgerlicher, kultureller Hinsicht usw.

Die Abfahrt von Posen erfolgte am Dienstag nachmittag in einem speziellen Zuge nach Hohensalza, von wo die Abordnung nach Erledigung jeglicher Formalitäten nach der Front kam und abends nach 7 Uhr die Demarkationslinie überschritt. Die Ankunft in Bromberg erfolgte um 11 Uhr abends.

Aus den Verhandlungen in Posen und Warschau haben wir den Eindruck davongetragen, daß es den polnischen Behörden darum zu tun ist, eine polnisch-deutsche Verständigung zustandezubringen, denn nur auf diese Weise kann man ein Blutvergießen und Zertrümmerung unserer Arbeitswerkstätten erlangen. Das polnische Reich braucht in der Periode der Bildung seiner Grundlage Ruhe. Ob diese Ruhe möglich sein wird, das hängt von der deutschen Bevölkerung ab, deren Vertreter sich überzeugt haben, daß die Polen gar nicht an eine Bedrückung denken, sie muß auch wissen, daß weiterer

bewaffneter Widerstand nicht nur eine Nachteilens der polnischen oder der Entente-truppen hervorrufen würde, sondern daß außerdem für lange Zeit die gegenseitigen Verhältnisse sich bis zur Unmöglichkeit verschärfen würden. Die Polen denken gar nicht daran, den Deutschen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn sie ihre bisherige Politik auf vernünftige Weise leiten, denn sie verstehen ausgezeichnet, daß das Interesse des Reiches und ihr eigenes Interesse es fordert, daß der Übergang zu jenen Verhältnissen in friedlicher Weise stattfindet.

Gazeta Brodnica (Straßburg) Nr. 56
vom 24. Juni 1919.

Eisenbahnmateriale und Munition für Polen. Die Pariser Zeitung „Pollak“ schreibt: Wir erfahren, daß von den 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggonen, welche Deutschland der Entente ausgeliefert hat, Polen 100 Lokomotiven und 1000 Waggonen zugefallen sind. Eine ebensolche Menge hat die Ankaufskommission des Generals Komer von den Amerikanern gekauft. Diese Lokomotiven werden polnische Lokomotivführer, die nach Frankreich gekommen sind, abholen.

General Kaczyński ist nach 10tägiger Rundreise zur Besichtigung französischer Munitions- und Kriegsmaterialfabriken zurückgekehrt. Der General erklärte, daß er viele äußerst interessante und wertvolle Sachen gesehen habe. Frankreich habe große militärische Vorräte und Polen werde noch viel Material ankaufen können.

Kleine Mitteilungen

Die Oberpräsidenten der drei Ostprovinzen haben nachstehende Rundgebungen erlassen:

Danzig, den 24. Juni 1919.

An die Deutschen in Ostpreußen, Westpreußen und Posen!

Nationalversammlung und Reichsregierung haben sich zu unserem tiefsten Schmerz

für bedingungslose Annahme der Friedensforderungen der Feinde entschieden. Große und blühende Gebiete der deutschen Ostmark sind der polnischen Herrschaft auszuliefern; über andere wollen die Feinde später Entscheidung treffen nach einer Bestimmung, auf deren „ehrliche, freie und geheime“ Durchführung wir keinen Einfluß haben.

Hunderttausende von Deutschen der Ostmark haben den glühenden Wunsch, ihr Recht auf ihr deutsches Vaterland mit den Waffen zu verteidigen. Stände die Ostmark allein, so wäre das der gegebene Weg, Selbstbestimmungsrecht und Ehre zu wahren. Wir dürfen aber die Regierung an der Einlösung des einmal den Feinden gegebenen Wortes nicht hindern. Die Rücksicht auf unsere Volksgenossen im Reiche, welche die Folgen solchen Vorgehens mit zu tragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampf zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu beugen.

Auch die Fremdherrschaft und der uns aufgezwungene Friedensvertrag können niemals unser Deutschtum und den Glauben auf unsere Zukunft vernichten.

v. Batocki,

Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Schnackenburg,

Oberpräsident der Provinz Westpreußen.

v. Bülow, Regierungspräsident,

als stellvertretender Oberpräsident der Provinz Posen.

Die endgültige Ostgrenze.

Nach der dem endgültigen Friedensvertrage beigelegten amtlichen Karte sind am Verlauf der Ostgrenze Deutschlands die nachstehenden Änderungen vorgenommen worden:

Die Ostgrenze setzt jetzt an der Ostsee an der Piasnik-Mündung ein, läuft durch den Zarnowitzer See und erreicht südwestlich von Warschau die pommersch-westpreussische Grenze, der sie bis westlich Adl. Briesen, südwestlich von Bütow folgt. Von hier geht die Grenze nach Südosten, so daß Groß Peterkau, Steinfort, Neuguth und Samphol bei Deutschland bleiben, Kelpin und Konarzin an Polen fallen. Dem Flußlauf der Brahe nach Osten folgend, wird die im ersten Vertrage festgelegte Grenze nördlich Konig erreicht. Niesewanz bleibt bei Deutschland, Konig fällt an Polen. Südlich Konig verfolgt die Grenzlinie eine andere Richtung derart, daß die Bahnlinie Konig-Flatow-Krojanke-Schneidemühl bei Deutschland bleibt. Die Grenze überschreitet die Bahn-

linie bei Jenznid südlich Konig und verläuft so, daß die Orte Grunau, Bock, Battow, Cziskowo und Gr. Bugig bei Deutschland bleiben und der Nigafuß und später die bisherige westpreussisch-posensche Grenze bis zum Wakuntersee westlich Stahren die Grenze bildet. Von hier zieht sich die Grenze in gerader südwestlich gerichteter Linie nach der Einmündung der Müddow in die Nege südlich Uch, das an Polen fällt. Sie folgt dann der Nege bis zur brandenburgischen Grenze südlich Kreuz, wobei Czarnikau und Fülehne an Polen fallen, und schließt sich im weiteren Verlauf nach Süden dem ersten Vertragsentwurf an bis zu dem Punkt, wo die schlesische Grenze östlich Ulbersdorf erreicht wird. Sie folgt nunmehr der alten posenschlesischen Grenze derart, daß der schlesische Zipfel nordöstlich von Tschirnau und die ganze Bahnlinie Lissa-Rawitsch an Polen fällt. Im übrigen bleiben die schlesischen Kreise Guhrau und Militisch bei Deutschland.

Bei dem Orte Bogdaj westlich Adelnau greift die Grenze wieder in schlesisches Gebiet ein dergestalt, daß die Orte Modzenow, Johannisdorf, Konradau, Tschelchen, Niesken, Nyppine, Schreibersdorf, Gr. Kosel, Schleife und Kunzendorf an Polen fallen, während Neu-Mittelwalde und Gr. Wartenberg bei Deutschland bleiben. Desgleichen bleiben bei Deutschland die Orte Neesewitz, Dalbersdorf, Kaulwitz, Lorzendorf, Sirelitz, Ekersdorf, Schwirz, während Kunzendorf, Trembatschau, Reichthal an Polen fallen. Südlich Schwirz folgt die Grenze des oberschlesischen Gebietes der alten im ersten Vertrage festgelegten Linie.

(Dtsch. Allg. Ztg. vom 26. Juni Nr. 299.)

Batocki über seinen Rücktritt.

In Königsberger Blättern teilt der jetzt zurückgetretene Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki die Gründe seines Rücktritts mit. In dieser Erklärung heißt es:

„Nach Annahme des Friedens, der uns neben anderen gegen Deutschlands Ehre und Zukunft gerichteten Bedingungen die Polonisation der deutschen Ostmark bringt, haben Bewohner der Ostprovinzen an mich das Ersuchen gerichtet, mich mit anderen von ihnen bezeichneten Männern an die Spitze eines der Form nach vorläufig vom Reich zu

trennenden, die Nordostmark umfassenden Staatsgebildes zu stellen, um so die Möglichkeit bewaffneter Abwehr der Polen, unabhängig von der durch den Friedensvertrag gebundenen Reichsregierung zu schaffen. In voller Würdigung der vaterländischen Absichten der Urheber dieses Planes habe ich meine Beteiligung daran abgelehnt und vor seiner weiteren Verfolgung gewarnt.

Mit wenigen anderen habe ich vorausgesehen, daß die Feinde die Polonisierung der Ostmark fordern, und daß das Reich und Preußen unter dem Drucke der Feinde zur Preisgabe der Ostmark sich gezwungen sehen würden. Als einziger Rettungsweg erschien mir damals die Schaffung größerer Selbständigkeit für die Ostmark, zunächst durch die Auflösung Preußens. Dieser Gedanke ist damals im Keime erstickt worden durch die Regierung, die fälschlich vermeinte, die Ostmark, wenn sie sich selbständiger Entschlüsse enthielt, ihrerseits vor der Polonisierung schützen zu können durch die Parteien der Linken, die in solchem Plane fälschlich kapitalistische und imperialistische Absichten witterten und jetzt sehen müssen, daß weite Teile der Ostmark der Herrschaft polnischer Kapitalisten und Imperialisten anheimfallen, durch die Parteien der Rechten, die in der Erhaltung des fest geschlossenen preußischen Staates auch unter den neuen Verhältnissen das Heil erblickten und die so sehen müssen, wie diesem Staat durch die Polonisierung der Ostmark das Rückgrat gebrochen wird. Ein rechtzeitig vorbereiteter, auf eine geschlossene deutsche Bevölkerung sich stützender, nach dem Scheitern von Verhandlungen einsetzender Freiheitskampf des ostmärkischen Deutschtums hätte, selbst wenn ihm der Erfolg schließlich versagt bliebe, unter Umständen die Rettung der Ehre und damit die innere Wiederaufrichtung des deutschen Volkes herbeiführen können. Auch unsere polnischen Nachbarn hätten bei dem ritterlichen Charakter ihrer Nation vielleicht Verständnis für ein solches Vorgehen gehabt, und dieses hätte als reinigendes Gewitter die für die Zukunft erwünschtesten gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den ostmärkischen Deutschen und den Polen herbeiführen können. Lagen die Dinge dann zum gegebenen Zeitpunkt günstig, so

wäre ein Handeln mit Aussicht auf Erfolg möglich gewesen.

Heute ist es zu einem solchen Vorgehen zu spät. Von der zum Kampf nötigen Geschlossenheit der ostmärkischen Bevölkerung ist angesichts der entschiedenen ablehnenden Haltung beider sozialdemokratischer Parteien und beträchtlicher anderer Kreise, namentlich auch in den am unmittelbarsten betroffenen Provinzen Westpreußen und Posen keine Rede, und das Reich kann, ohne die Folgen eines Bruches des eben schweren Herzens geschlossenen Friedensvertrages auf sich zu nehmen, ein selbständiges Vorgehen der Ostmark nicht mehr dulden. Ein heute vorgenommener Versuch, unter staatlicher Selbständigkeitserklärung der Ostmark den Kampf zu beginnen, müßte, wie die Dinge liegen, schnell und ruhmlos zusammenbrechen und könnte nur eine neue Schmach und neues Unglück über unser engeres und weiteres Vaterland bringen."

„Vol.-Anz.“ Nr. 292 vom 29. Juni.

Minoritätenschutz im Polenstaat.

Aus dem Vertrag der Entente mit Polen über den Schutz der Minoritäten, der in Artikel 93 der Friedensbedingungen vorgesehen ist, sind bisher die nachfolgenden Artikel bekannt geworden:

Artikel sieben: Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen gleiche bürgerliche politische Rechte ohne Unterscheidung von Masse, Sprache und Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder der Konfession darf keinem polnischen Staatsangehörigen, in bezug auf Genuß bürgerlicher politischer Rechte insbesondere für Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Dienst und Ehrenstellungen oder bei Ausübung verschiedener Berufe und Gewerbearbeiten hinderlich sein. Es darf keinerlei Beschränkungen des freien Gebrauches irgend einer Sprache seitens aller polnischen Staatsangehörigen geben, sowohl im Privatverkehr wie Handelsbeziehungen, sei es in Angelegenheit der Religion, der Presse oder Publikationen jeglicher Art, sei es in öffentlichen Versammlungen. Ungeachtet der Festsetzung einer offiziellen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staats-

angehörigen mit anderer Sprache als der polnischen angemessene Erleichterungen bezüglich mündlichen oder schriftlichen Gebrauchs ihrer Sprache vor den Gerichtshöfen gewährt werden.

Artikel acht: Diejenigen polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, genießen gleiche Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlfahrtseinrichtungen, religiöse oder soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, leiten, überwachen mit dem Rechte, dort von ihrer eigenen Sprache freien Gebrauch zu machen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel neun: In bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen gewährt die polnische Regierung in denjenigen Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger mit anderer Sprache als polnischer wohnen, angemessene Erleichterungen. Es darf in Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen in ihrer eigenen Sprache Unterricht erteilt werden. Diese Bestimmung verhindert die polnische Regierung nicht, den Unterricht in polnischer Sprache in besagten Schulen obligatorisch zu machen. In Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger wohnen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, soll diesen Minoritäten ein angemessener Anteil an Erträgen und Verwendung der Summen gesichert sein, die aus öffentlichen Mitteln von städtischen oder anderen Budgets zum Zwecke der Erziehung, Religion oder Wohltätigkeit beigetragen werden sollen. Die Bestimmungen dieses

Artikels sind auf polnische Staatsangehörige deutscher Sprache nur in den Gebieten Polens anwendbar, die am 1. August 1914 deutsches Territorium waren.

Artikel zehn: Den von den jüdischen Gemeinden in Polen eingesetzten lokalen Schulkomitees liegt unter allgemeiner Kontrolle des Staates die Verteilung des proportionalen Teiles der Gelder, die aus öffentlichen Mitteln gemäß Artikel neun, für die jüdischen Schulen bestimmt sind, ob, ebenso wie die Organisation und Leitung der Schulen.

Artikel elf: Die Juden können nicht zu irgendwelchen Handlungen gezwungen werden, die ihren Sabbat verletzen. Sie dürfen keine Entretung erleiden, wenn sie ablehnen, Sabbat vor Gericht zu erscheinen oder gerichtliche Handlungen zu begehen. Diese Bestimmung befreit die Juden nicht von der allen Staatsangehörigen auferlegten Verpflichtung betreffs Militärdienst für nationale Verteidigung oder betreffs Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Polen erklärt die Absicht, davon Abstand zu nehmen, allgemeine oder lokale Wahlen auszuschreiben oder gutzuheißen, die am Sabbat stattfinden. Für Wahlen oder andere Zwecke darf obligatorisch am Sonnabend keinerlei Einschreibung stattfinden.

Artikel zwölf: Polen anerkennt, daß diese Bestimmungen der vorstehenden Artikel in dem Maße, wie sie Personen betreffen, die Minoritäten der Rasse, Religion oder Sprache angehören, Verpflichtungen von internationalen Interessen bilden und unter Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nicht ohne Zustimmung der Majorität des Rates des Völkerbundes geändert werden.